

Gemeinderatssitzung am 02. Dezember 2024

Rede von Oberbürgermeisterin
Monika Müller
anlässlich der
Einbringung des Haushaltes 2025
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
verehrte Gäste der heutigen Gemeinderatssitzung,

die Nachwahl in den Ortsteilen führt heute zu einer Besonderheit. In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates wird auch der Haushaltsplanentwurf 2025 eingebracht.

Für die elf neuen Persönlichkeiten im Gremium bedeutet das, dass Sie sich gleich in Ihrer ersten Sitzung mit der wichtigsten Aufgabe und dem herausragenden Privileg eines Gemeinderates befassen dürfen, nämlich der Aufstellung des kommunalen Haushalts.

Mit dem Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung entscheiden Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Gemein-

derats, welche Aufgaben wir in den kommenden Jahren angehen wollen und wie deren Finanzierung erfolgen soll. Sie entscheiden damit über die Prioritäten in unserer Stadt, über das, was aus Ihrer Sicht für Rastatt entscheidend ist. Worauf sich die Menschen in Rastatt, nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern alle Einwohner, aber auch Besucher und Arbeitnehmer hier vor Ort, verlassen können. Welche Einrichtungen und Angebote sie vorfinden. Kurzum- die Lebensqualität in Rastatt wird von Ihnen als Haushaltsgeber maßgeblich bestimmt. Natürlich braucht es dann auch uns als Verwaltung, um das Geld sparsam und wirksam im Sinne des beschlossenen Haushalts auszugeben- da können Sie sich auf eine gute Mitarbeiterschaft verlassen.

An dieser Stelle herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die bei der Erstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben, allen voran natürlich Herrn Nachbauer mit seinem Team!

Die Damen und Herren Stadträte, die schon länger dabei sind, wissen, dass es in der Vergangenheit mal einfacher oder schwerer war, die Pflichtaufgaben und zugleich die Wünsche, also alles Freiwillige, und deren Finanzierung in Einklang zu bringen.

Aktuell sind die Zeiten für die Städte, Gemeinden und Kreise auch im wohlhabenden Bundesland „The Länd“ finanziell

schwierig. In einer gemeinsamen Pressemitteilung zeigten sich die kommunalen Landesverbände vor kurzem tief besorgt, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der baden-württembergischen Kommunen in einem Maße gefährdet ist, wie dies in den zurückliegenden Jahrzehnten bislang nie der Fall war.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen in der Region, die teilweise sogar schon in 2024 haushaltswirtschaftliche Sperren verfügen mussten, dürfen wir mit der Entwicklung des laufenden Jahres bei den Einnahmen zufrieden sein. In der Sitzung im November hatten wir dargelegt, dass wir davon ausgehen auch im Jahr 2024 den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften. Hiervon gehen wir auch weiterhin aus, auch wenn das sehr hohe Gewerbesteueraufkommen vermutlich niedriger ausfallen wird, als im November noch prognostiziert.

Gerne würde ich Ihnen heute berichten, dass wir auch in den kommenden Jahren - allen widrigen äußeren Einflüssen und weltweiten Krisen zum Trotz – keine großen finanziellen Probleme erwarten.

Dem ist aber leider nicht so. Die Zahlen des Haushaltsplanentwurfs sprechen eine andere Sprache. Auch in Rastatt gelingt es uns nicht, unsere Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu

finanzieren, die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen geht weiter auseinander. Das liegt zum einen an den steigenden Aufgaben vor allem im Bereich Soziales und Bildung und ja, auch an der zunehmenden Bürokratisierung, die uns durch Dritte „verordnet“ wird.

Nach den vorliegenden Planzahlen gelingt es uns weder im Jahr 2025 noch in der mittelfristigen Planung, den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften. Eine positive Wende in den kommenden Jahren ist nach den aktuellen Zahlen nicht in Sicht. Im Gegenteil - nach aktuellem Stand und mit Blick auf die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen für die kommenden Jahre rechnen wir mit stetig steigenden Fehlbeträgen im Ergebnishaushalt, die sich bis Ende 2028 auf rd. 86,9 Mio. € summieren. Das hat auch Auswirkungen auf unser mögliches Investitionsprogramm. Um dieses zu finanzieren, müssen wir trotz hoher Liquiditätsreserven Kreditaufnahmen von insgesamt 95 Mio. € bis Ende 2028 einplanen. Die Verschuldung der Stadt Rastatt würde sich ohne effektive Gegensteuerung damit innerhalb weniger Jahre vervierfachen. Daher sind zügig und nachhaltig entsprechende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um nicht für die kommenden Jahre eine laufend ansteigende Verschuldung zu verantworten. Dazu will und werde ich mit Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats, in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder in den Austausch gehen, denn

zum **Ziel der Nachhaltigkeit** gehört für mich auch ganz wesentlich, dass wir nachfolgenden Generationen möglichst keine Schulden hinterlassen. Schon gar nicht Schulden, die vermeidbar wären und die nicht durch wichtige Aufgaben wie der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Bildung oder Betreuung und unserer aller Sicherheit zu rechtfertigen sind.

Bei der Vorberatung des Entwurfs im Januar werden wir Ihnen eine erste Planänderungsliste vorlegen. Leider müssen wir dann mit noch höheren Defiziten rechnen. Bei der Einbringung des Entwurfs konnten die Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung noch nicht berücksichtigt werden. Gegenüber der Mai-Steuerschätzung werden für die Kommunen Mindereinnahmen von rd. 1 Milliarde Euro erwartet. Auch unsere Prognose zur Gewerbesteuer von 65 Mio. € pro Jahr können wir nicht mehr aufrechterhalten, sondern müssen diese deutlich nach unten korrigieren. Wir werden also auch in Rastatt den Gürtel deutlich enger schnallen müssen. Nicht erst oder nur zur Fastenzeit, sondern sobald als möglich, also bereits in den Haushaltsberatungen gilt es, kostenbewusst zu diskutieren und zu beschließen.

Neben einer besseren Finanzausstattung durch Bund und Land bedarf es dazu dringend einer Aufgabenkritik, um die Leis-

tungsfähigkeit unseres Haushaltes wieder deutlich zu verbessern. In den kommenden Jahren werden wir deutlich stärker priorisieren müssen, welche Investitionen und Vorhaben wir uns finanziell leisten können.

In den nächsten vier Jahren wollen wir nach unserem aktuellen Plan insgesamt rund 195 Mio. € investieren. Eine gewaltige finanzielle Herausforderung für unsere Stadt.

Hiervon sind über 50 Mio. € für unsere Infrastruktur vorgesehen, insbesondere zur Ertüchtigung unserer Straßen und Brücken, der Verbesserung des Hochwasserschutzes sowie für attraktivere Spielplätze. Für das nächste Jahr ist beispielsweise der Neubau des Spielplatzes Pagodenburg und der dortigen Zugänge zu Murg und Richtung Stadt geplant. Damit sollen die Angebote für Kinder aller Altersklassen – wichtig auch: inklusive Spielgeräte – in Innenstadtlage ausgebaut werden. Angesetzt haben wir 1,7 Mio. €. Wir wollen auch den stark frequentierten, aber wenig einladenden Innenstadt-Spielplatz im New-Britain-Park endlich erneuern– Eine längst fällige Verschönerung des Aufenthaltsangebots für Familien im Rastatter Zentrum, die dann bis 2026 mit 500.000 € umgesetzt wird. Weitere 40 Mio. € fließen in die Feuerwehren und mehr als 30 Mio. € wollen wir in Schulen und Kindergärten investieren. Für eine aktive Stadtentwicklung haben wir über 20 Mio. € für Grunderwerb eingeplant,

beispielsweise auch für den Erwerb der Kasernenflächen am südlichen Stadteingang. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalquote und für den Neubau des Kombibads sollen die Stadtwerke nochmals 15 Mio. € erhalten.

Wichtig ist mir und sicher auch Ihnen allen auch, dass unsere **Dörfer in den Haushaltsplanungen** eine wichtige Rolle einnehmen. Denn es geht bei der Verteilung städtischer Mittel nicht nur um den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, sondern auch immer darum, Kernstadt und Dörfer zu verbinden und das Ziel der „gleichwertigen Lebensqualität“ im Auge zu behalten. Für Niederbühl und Förch, Rauental, Plittersdorf, Ottersdorf und Wintersdorf bedeutet das neben Verkehrsentlastung auch die Dorfentwicklungspläne stärker anzugehen und mit Leben zu füllen. Mit der anstehenden Neugestaltung der Hauptstraße in Rauental sowie der Neugestaltung der Dorfstraße in Wintersdorf zwei weitere bedeutende Maßnahmen aus den **Dorfentwicklungskonzepten** umgesetzt werden. Ferner sind Mittel veranschlagt, um am nördlichen Ortseingang von Niederbühl eine Verbindung zwischen der L77 und der Murgtalstraße realisieren zu können, mit denen eine Entlastung des nordwestlichen Teils der Murgtalstraße von zusätzlichen Verkehren erreicht werden soll.

Der **Neubau einer Feuerwache in der Kernstadt** wird die größte Investition in den Schutz der Bevölkerung seit Jahrzehnten sein und einen erheblichen Beitrag zur Sicherheit unserer Stadt leisten. Die Einsatzzahlen unserer Feuerwehr steigen seit Jahren kontinuierlich, in diesem Jahr sind rund 800 Einsätze zu erwarten – der zweithöchste Wert der letzten 35 Jahre. Besonders hervorzuheben: das Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die den Großteil der Einsätze bewältigen. Dafür können wir dankbar sein, und es zeigt, wie wichtig es ist, das Ehrenamt attraktiv zu halten – Diskussionen über die Ausstattung, wie etwa eine Sauna, lenken dabei vom Wesentlichen ab.

An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die sich um unsere Sicherheit und unser Leben einsetzen, sei es bei der Feuerwehr oder anderen Hilfsorganisationen.

Neben der Kernstadt wird auch in die **Feuerwehrstandorte der Stadtteile** investiert. In Plittersdorf nimmt der Neubau am Ortszugang bereits Gestalt an. Wie in der Kernstadt sind eine angemessene Unterbringung und technische Ausstattung entscheidend, um das Ehrenamt zu fördern. Trotz zentralisierter Einrichtungen wie Werkstätten bleiben die Abteilungen in den Stadtteilen aufgrund der Fläche und Eintreffzeiten unverzichtbar.

Auch nach dem Auslaufen des DigitalPakts Schulen zum 31. Dezember 2024 bleibt die **Digitalisierung der Rastatter Schulen** eine zentrale Aufgabe. Die Stadt Rastatt hat in den vergangenen Jahren die Vernetzung, WLAN-Ausstattung und die Bereitstellung digitaler Endgeräte sowie interaktiver Tafeln an Schulen vorangetrieben. In den kommenden Jahren sollen an weiterführenden Schulen veraltete Beamer schrittweise durch interaktive Tafeln ersetzt werden.

Wichtig ist, dass wir schon bei den Jüngsten **Bildung und Betreuung** stärken, das kommt Familien mit Kindern und auch dem Wirtschaftsstandort Rastatt und damit uns allen zu Gute:

Die neu eingerichtete **Kindertagesstätte** im ehemaligen SWI-Gebäude wird den Betrieb zum 1.1.25 aufnehmen. Damit schaffen wir ein weiteres frühkindliches Bildungsangebot in der Stadt und können den Mangel an Betreuungsplätzen reduzieren. Die Planungen für dringend benötigten Kita-Neubauten auf dem ehemaligen SWI-Gelände und in Rauental werden im kommenden Haushaltsjahr weitergeführt. Unser Ziel ist es, allen Kindern in Rastatt ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot für Betreuung und frühkindliche Bildung machen zu können.

Im **Sozialbereich** geht es vor allem um Personal, denn soziales Handeln braucht Menschen- so soll beispielsweise die Gemeinwesenarbeit ausgebaut und die Unterkunft Hohlohstraße besser personell ausgestattet werden. Perspektivisch reicht das natürlich nicht als Antwort auf die Frage nach der Verhinderung von Wohnungslosigkeit- hierzu werden wir mit Ihnen gemeinsam neue Wege gehen müssen uns das Prinzip des „Housing first“ in Rastatt mit Leben zu füllen.

Soziale Kompetenzen stärkt auch der Sport und mit ihm die vielen aktiven Vereine in unserer Stadt:

Mit den geplanten Investitionen in die Rastatter Sportstätteninfrastruktur unterstützt die Stadt Rastatt auch im Jahr 2025 den eingeschlagenen Weg der beteiligten **Vereine** hin zu einer zukunftsfähigen Ausrichtung. Die beiden Tennisvereine TC Fohlenweide und TC Blau-Gold Rastatt haben die Vereinsverschmelzung beschlossen. Am Standort an der Fohlenweide gehen nun die Planungen für die Aufwertung der Tennisanlage in die nächste Phase und anschließend in die Umsetzung. Für dieses Projekt hat der Gemeinderat bereits Zuschüsse in siebenstelliger Höhe beschlossen. Ebenfalls auf den Weg für einen Vereinszusammenschluss haben sich die **drei Fußballvereine im Ried** gemacht. Ein zentraler Standort für eine gemeinsame Sportanlage hängt hier auch an überregionalen Projekten wie der Dammrückverlegung, weshalb eine Realisierung voraussichtlich noch in weiter Zukunft liegt. Nichtsdestotrotz gibt

es an den vorhandenen Riedsportanlagen Sanierungs- und Investitionsbedarfe, um die positive Vereinsentwicklung fortzuführen. Auch hier sieht die Haushaltsplanung einen siebenstelligen Sonderzuschuss vor. Während die Maßnahmen beim FV Ottersdorf weitestgehend in 2024 abgeschlossen werden konnten, stehen beim FV Plittersdorf noch Planungen aus, zu denen der neue Gemeinderat weitere Beschlüsse fassen wird. Bei allen Maßnahmen sind die Vereine in angemessener Weise finanziell beteiligt. Projekte von solchem Umfang können nur gemeinsam erfolgen und sind für die Rastatter Sportlandschaft von großer Bedeutung. Dies gilt ebenso für das anstehende sportliche Großprojekt, den **Sportpark im Münchfeld**, bei dem die Planungen ebenfalls voranschreiten und für den, vorbehaltlich der entsprechenden Gremienbeschlüsse, hohe Investitionen vorgesehen sind.

Bei allen baulichen Maßnahmen ist aus meiner Sicht immer auch zu fragen, welche Auswirkungen diese auf das Umfeld und die Umwelt haben. Eine **nachhaltige Stadt** geht mit ihren Ressourcen sparsam um und schafft nur dann Neues, wenn Bewährtes nicht bestehen bleiben kann. Statt Versiegelung sollten wir künftig eher über Entsiegelung sprechen, vielleicht beginnend beim Kulturplatz, der seinem Namen so wenig zu Ehre gereicht, sofern nicht eintöniges Grau als Kultur gelten soll.

Ganz besonders wichtig finde ich, dass wir immer dann, wenn etwas ersetzt werden soll, vorab die **Nachnutzung des Bestandes** klären, um keine unnötigen Bauruinen und damit wirtschaftliche Verluste zu schaffen. Und wo etwas nicht mehr nutzbar ist, müssen Bauten zügig beseitigt werden. Eigentum verpflichtet - gerade auch die Öffentliche Hand!

Bei der Umsetzung von Vorhaben sind allerdings auch nicht besetzte Stellen immer wieder ein begrenzender Faktor.

Es ist und wird zunehmend schwierig, geeignete **Fachkräfte** für vakante oder neue Stellen zu finden und die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten. Dabei steht die Stadt Rastatt nicht nur im Wettbewerb mit den Unternehmen der Privatwirtschaft, sondern auch mit anderen Städten, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts und dem Landkreis mit Sitz in Rastatt. Alle Arbeitgeber im öffentlichen Dienst stehen vor der Herausforderung, in einem angespannten Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, da private Arbeitgeber häufig höhere Gehälter und Zusatzleistungen bieten können. Mit der im November 2023 erfolgten Novellierung der Arbeitsmarktrichtlinie der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber wurden den öffentlichen Arbeitgebern neue Möglichkeiten eröffnet, die wir nutzen wollen, um gezielt qualifizierte Fachkräfte zu gewin-

nen und diese genauso wie das vorhandene Personal langfristig zu binden. Mit der Einführung einer **Arbeitsmarktzulage** für Fachkräfte – d.h. Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Ausbildung oder mit dem Studium – wollen wir unsere Attraktivität als Arbeitgeber steigern, die Motivation und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten erhöhen sowie die Qualität und Kontinuität der Aufgabenerfüllung sichern. Diese Maßnahme bindet zusätzliche Finanzmittel. Für das Jahr 2025 haben wir dafür im Haushalt rund 950.0000 € veranschlagt. Zur Ausgestaltung der geplanten Regelungen werden wir auf den Gemeinderat Anfang 2025 zukommen. Durch eine lückenlose Besetzung von Stellen erhoffen wir uns, die bisherigen öffentlichen Dienstleistungen im bisherigen Rahmen fortführen bzw. gewährleisten zu können. Dies wiederum dient dem Gemeinwohl und kommt unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Der **Fachkräftemangel macht leider auch vor der medizinischen und psychiatrischen oder psychotherapeutischen Versorgung** nicht halt. Um dem Mangel an Ärztinnen und Ärzten – seien es Haus- oder Facharztbereich - oder Therapeuten in Rastatt entgegenzuwirken, haben wir im kommenden Jahr 50.000 € an Förderung eingeplant. Mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten will ich ein Konzept dazu erarbeiten, wie wir damit beispielsweise die Niederlassung oder Nachfolge fördern können. So kann dieser Zuschuss beispielsweise eingesetzt werden für die Übernahme bestehender Praxisräume, die

Modernisierung von technischer Ausstattung oder die Anmietung oder den Erwerb von Räumlichkeiten in Rastatt, um eine neue Praxis zu eröffnen. Ziel ist es, eine umfassende und qualitativ hochwertige ambulante Versorgung aufrecht zu erhalten.

In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen durch verschiedene Fraktionen die Erstellung einer gesamtstädtischen **Organisationsuntersuchung** eingefordert. Ich stehe einer gesamtstädtischen Organisationsuntersuchung aufgeschlossen gegenüber und sehe durchaus Chancen mit den Ergebnissen einer solchen Untersuchung Synergien zu schaffen, Aufgaben zu bündeln und damit auch Kosten einzusparen. Bevor jedoch eine solche Untersuchung begonnen wird, muss klar sein, mit welchem Ziel und in welchem Umfang ein externes Unternehmen beauftragt werden soll. Deshalb wird die Verwaltung auf den Gemeinderat zukommen, um hier Klarheit für alle Beteiligten zu schaffen. Um für die Umsetzung die notwendigen Finanzmittel zu haben, haben wir vorsorglich für die kommenden Jahre zusätzliche Mittel eingestellt.

Den Beschlüssen zur Umsetzung der **Grundsteuerreform** möchte ich heute nicht vorgreifen. Diese werden kommende Woche im Gemeinderat beraten. Allerdings sei bereits heute der Hinweis erlaubt, dass sich die Stadt Rastatt beim Blick auf den Haushaltsplanentwurf keine Einnahmeausfälle bei der

Grundsteuer leisten kann und darauf angewiesen ist, dass zumindest das bisherige Einnahmenniveau bei der Grundsteuer auch künftig erreicht wird.

Ich bedanke mich beim Fachbereich Finanzwirtschaft für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs sowie bei allen Fachbereichen und Dienststellen für deren Unterstützung.

Bei allen **Zuhörerinnen und Zuhören** und vor allem bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats bedanke ich mich für die Bereitschaft, sich auf die Beratungen rund um den Haushalt 2025 einzulassen und wünsche uns allen zukunftsorientierte Diskussionen, die erforderliche Kompromissbereitschaft und am Ende gute Entscheidungen.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren Stadträte, nun bitten, den Haushaltsplanentwurf einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe ohne weitere Aussprache an die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung zu verweisen.